Strafe soll bald auf den Fuß folgen

Pilotprojekt Haus des Jugendrechts: Jugendhilfeausschuss des Ortenaukreises spricht sich dafür aus

Ein Haus des Jugendrechts soll in Offenburg als Pilotprojekt etabliert werden. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses begrüßten die Einrichtung, die Anfang 2020 starten soll. Gibt es dann verlässliche Erfahrungen, soll das Angebot auf andere Städte ausgeweitet werden, so der Tenor im Gremium.

Von Bettina Kühne

Offenburg. Mitarbeiter des Jugendamtes sollen in das geplante Haus des Jugendrechts einziehen: Das befürworteten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bei ihrer Sitzung am Mittwochnachmittag einstimmig. Dafür werden sowohl rund 3000 Euro für die Büroeinrichtung und zudem Personalkosten sowie Betriebskosten fällig. Letztere wollen sich die Partner im Haus des Jugendrechts aufteilen.

Die fälligen Gelder sollen über den „Maßnahmetopf Jugendhilfe" im Doppelhaushalt 2019/20 bereitgestellt werden. Darin sind 150000 Euro für Angebote, die erst noch entwickelt werden müssen. Direkt genannt wurde dabei die geplante Einrichtung, die ihren Platz in der Straßburger Straße 7 am Freiburger Platz finden soll: Sie soll bei der Geldvergabe berücksichtigt werden.

Abgestimmte Maßnahmen und schnelle Entscheidungen sollen durch die Einrichtung möglich werden (siehe Hintergrund). „Alle sitzen an einem Tisch", nannte Sozialdezernent Georg Benz die Vorteile einer solchen Einrichtung.

Offenburg sei als ein Pilotprojekt geplant. „Wir wollen sehen, ob sich die Einrichtung bewährt oder nicht", sagt er. Wenn ja, könne man über weitere Einrichtungen in Lahr, Kehl und anderen Städten im Kreis nachdenken. Dieses Vorhaben unterstützten auch die Redner der Fraktionen im Ausschuss.

„Schnell ist wichtig, damit ein Jugendlicher den Zusammenhang zu seiner Tat versteht", sagte Edith Schreiner (CDU).

Stefan Konprecht (Freie Wähler) drängte auf Geschwindigkeit: „Schnelle Reaktionen nach der Tat sind erforderlich." Aufgrund seiner Erfahrung als Kriminalbeamter sei es nicht nur für Jugendliche wichtig, wenn die Reaktion zeitnah zum Delikt folgt, merkte er an. Er zeigte sich davon überzeugt, dass das Projekt „Früchte tragen wird". Und wenn man es dann in die Fläche bringe, „kann man Effizienz erzielen".

Zustimmung gab es auch vom Bündnis 90/Die Grünen, SPD sowie AfD.

Bis zur Einrichtung des Haus des Jugendrechts hat es etwas gedauert: Im Offenburger Gemeinderat war das Projekt im Herbst 2018 vorgestellt worden, Ziel war es, im ersten Quartal 2019 zu starten. Im September hatte dann Miriam Kümmerle, Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Offenburg, auf Anfrage der Mittelbadischen Presse mitgeteilt, das „Haus des Jugendrechts" solle noch dieses Jahr in Betrieb genommen werden. „Eine feierliche Einweihung soll folgen, möglicherweise aber erst 2020."

Beim Bahnhof

Hintergrund war, dass das Haus des Jugendrechts in Bahnhofsnähe angesiedelt werden sollte. Die ersten Räumlichkeiten, die angemietet werden sollten, hat man allerdings wieder verworfen. Schließlich wurde das Objekt Straßburger Straße 7 gefunden, das sich in „Sichtweite zum Bahnhof" befindet.

Auch wie genau die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendamt ausgestaltet werden soll, werde noch bekanntgegeben, erklärte Kümmerle damals.

Je nach Einzelfall solle auch eine Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen eingeleitet werden – zum Beispiel mit dem Diakonischen Werk oder der Sozialen Rechtspflege. Das sei dann der Fall, wenn es beispielweise um einen Täter-Opfer-Ausgleich gehe oder einen Sozial-Trainingskurs. „Diese Institutionen sind jedoch nicht fest vor Ort vertreten", stellt sie klar.

HINTERGRUND

Die passende Maßnahme finden

Dass in Offenburg ein Haus des Jugendrechts eingerichtet werden soll, geht auf eine Initiative von Landgerichtspräsident Christoph Reichert zurück. Er hatte bereits 2017 die Gründung eines Haus des Jugendrechts angeregt.

In einem solchen Haus des Jugendrechts sollen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgericht und – das wäre der Part des Landratsamts – die Jugendhilfe im Strafverfahren eng zusammenarbeiten. Ihr Ziel ist es, zu einer dem jungen Deliquenten passenden Maßnahme zu finden – und zwar durch regelmäßige Treffen und besonders schnell.

Häuser des Jugendrechts gibt es bereits in Stuttgart, Pforzheim, Mannheim und anderen Orten.